

Deutsch-Oesterreichs Grenzen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 29. Juni.

Nach Meldungen aus St. Germain hat die deutschösterreichische Delegation neue Vorschläge bezüglich der Gebietsabgrenzung überreicht, die dahingehen, daß vorerst feste Grenzlinien nur dort gezogen werden sollten, wo sie unangefochten seien, also gegen die Schweiz, gegen Bayern und längs der March gegen Ungarn. Im übrigen aber sollten nur die Gebiete bezeichnet werden, in denen Volksabstimmungen stattzufinden hätten, und wo sich infolge der gemeindeweisen Abstimmung nationale Entlastungen ergeben würden, solle die Mehrheit des ganzen strittigen Gemeindelkomplexes entscheiden. Dieses ganze Verfahren der Plebiszite war bereits in früheren Notizen angeregt worden. Neu ist der Vorschlag, daß auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung die Grenzen vom Rat des Völkerbundes in feierlicher Sitzung zu verkünden seien. Eine Woche nach Inkrafttreten des Friedensvertrages wären die Abstimmungsgebiete von allen Truppen zu räumen und von einer dritten unparteiischen Macht zu besetzen, die für Ruhe und Ordnung sowie für Einhaltung des Friedensvertrages zu sorgen hätte. Einen Monat nach der Grenzbestimmung hätte die unparteiische Macht das besetzte Gebiet wieder zu räumen. Den Bewohnern der strittigen Gebiete würde es innerhalb zweier Jahre freistehen, für die Staatsbürgerschaft in dem Staatswesen zu optieren, das bei der Abstimmung unterlegen ist.

Bern, 28. Juni.

Im Nationalrat interpellierte der Valser Verkehrsminister Gelpke den Bundesrat über die Stellungnahme der schweizerischen Regierung zur Frage des Anschlusses Vorarlbergs, wobei der Interpellant aus historischen, geographischen und ethnographischen, besonders aber verkehrspolitischen Gründen den Zusammenschluß Vorarlbergs mit der Schweiz befürwortete. Der Chef des politischen Departements, Bundesrat Calonder, erwiderte, daß der Bundesrat zu der Angelegenheit noch nicht Stellung genommen habe. Offiziell wurde der Bundesrat verständigt, daß über 80 v. H. der stimmberechtigten Bürger Vorarlbergs sich für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen hätten. Im Anschluß an die Pariser Konferenz wurden in der Presse Zweifel gehegt über das Selbstbestimmungsrecht des vorarlbergischen Volkes. Dies veranlaßte den Bundesrat, der Regierung Vorarlbergs mitzuteilen, daß in erster Linie diese Frage erledigt werden müsse. Bevor die Schweiz auf die Sache eingehe, müsse in internationaler Hinsicht vollständige Klarheit geschaffen werden, vor allen Dingen darüber, daß die Schweiz nie gestatten werde, den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz irgendwie zum Ausgangspunkt von Kompensationsfragen zu machen.

Die Wiener Kommunisten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 29. Juni.

Die kommunistische Partei hat für Montag abend 6 Uhr eine Versammlung im Freien vor dem Rathaus einberufen, um, wie sie in überall verbreiteten Plakaten erklärt, den zweiten Kongreß der deutsch-österreichischen Arbeiterräte aufzufordern, unverzüglich die Rätereierung auszurufen. Da dieser zweite Rätekongreß am Montag früh im großen Saale des Abgeordnetenhauses beginnt, wird den Ereignissen mit einiger Spannung entgegengesehen. Man beschränkt jedoch nicht, daß der zu neun Jhnteln sozialdemokratische Arbeiterrat sich von den etwa dreißig kommunistischen Delegierten den Willen vorschreiben lassen wird, zumal der Vorsitzende Dr. Friedrich Adler, der sowohl bei der organisierten Arbeiterschaft wie bei der Volkswehr den größten Einfluß besitzt, unter keinen Umständen jetzt von einem Umsturz etwas wissen will. Er verweist immer wieder darauf, daß Deutsch-Oesterreich ohne die Ententezufuhren von Lebensmitteln zur baldigen Katastrophe verurteilt wäre. Ob indessen die Beratungen der Arbeiterräte, die gleichzeitig mit einer Sitzung der Nationalversammlung im Reichsratsgebäude stattfinden sollen, ohne ernste Störung bleiben werden, ist nicht sicher, da die Kommunisten sich vielleicht der Tribünen bemächtigen und einen gewissen Terror ausüben wollen.

Von einer Seite, die sich für die Wahrheit der Nachricht verstragen will, wird gemeldet: Unmittelbar vor dem letzten Wiener Putzversuch wollte der Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter den Goldschah der Oesterreichisch-ungarischen Bank nach Innsbruck schaffen lassen. Zufällig war der Goldschah bereits auf dem Westbahnhof verladen, als vor Abgang des Zuges der sozialdemokratische Staatssekretär des Äußeren Dr. Bauer den Abtransport verhinderte, indem er erklärte, er werde den Gouverneur der Bank verhaften lassen, wenn der Goldschah nicht sofort in die Bank zurückgebracht würde. Dr. Bauer hat auch die Durchführung des Planes der Wiener Banken, ihre Depots zu ihren Filialen nach Innsbruck, Graz und Linz zu bringen, verhindert. Darin soll sich, so wird versichert, der Entschluß der Wiener Zentralregierung zeigen, den Selbstständigkeitsbestrebungen der Landesregierungen keinen Vorschub zu leisten.